

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Sammelbericht der Geschäftsprüfungskommission zu den Geschäftsberichten diverser Institutionen über das Jahr 2007**

Datum: 18. September 2008

Nummer: 2008-040a und 2008-088

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2008/040a
2008/088

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Sammelbericht der Geschäftsprüfungskommission

zu den Geschäftsberichten diverser Institutionen über das Jahr 2007

vom 18. September 2008

Einleitung

1. Auftrag

Der Landrat hat die Amtsberichte der kantonalen Gerichte und der selbständigen Verwaltungsbetriebe nach den entsprechenden Gesetzesvorschriften zu genehmigen oder zur Kenntnis zu nehmen. Die GPK ist durch § 61 des Landratsgesetzes beauftragt, diese Berichte zu prüfen und darüber zu berichten.

Die Berichte der Basellandschaftlichen Kantonalbank und der Basellandschaftlichen Pensionskasse werden durch die Finanzkommission behandelt und jene des Universitätskinderspitals beider Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie der Universität Basel durch die entsprechenden Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen.

2. Vorgehen

Die von der GPK zu behandelnden Jahresberichte werden von den Subkommissionen geprüft; sie werden teilweise mit den Geschäftsleitungen der betreffenden Institutionen oder mit dem zuständigen Regierungsrat besprochen, teilweise werden auch schriftlich ergänzende Erläuterungen eingeholt. Die Subkommissionen erstatten Bericht zuhanden der Gesamtkommission.

Die GPK legt ihren Sammelbericht als zweiten Teil des Berichts zum Amtsbericht vor.

Die diesjährige Prüfung durch die GPK umfasst folgende Amts-, Jahres- und Geschäftsberichte pro 2007:

Nr. 2008/040-01	S. 2
Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft	
Nr. 2008/040-03	S. 3
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	
Nr. 2008/040-04	S. 4
Kantonsgericht	
Nr. 2008/088	S. 5
Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel	
Nr. 2008/040-08	S. 6
Ombudsman	
Nr. 2008/040-10	S. 6
Sicherheitsinspektorat	
Anträge	S. 7

**2008/040-1
Jahresbericht 2007 der Sozialversicherungs-
anstalt des Kantons Basel-Landschaft (SVA)**

1. Allgemeines

Unter dem Jahresmotto «Begleitung» liegt dem Landrat der Jahresbericht 2007 der Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA) zur Genehmigung gemäss § 67 der Kantonsverfassung vor. Mit der erfolgten 5. IV-Revision und ihrem Ziel «Eingliederung vor Rente» tritt die sorgfältige Begleitung von Gesuchstellenden im gesamten Sozialbereich in den Vordergrund und erhält eine neue, wichtigere Bedeutung. Dies will die Geschäftsleitung der SVA mit diesem Motto betonen und im Alltag auch umsetzen. Die Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Basel-Landschaft betreut an ihrem Hauptsitz in Binningen eine ganze Reihe von Versicherungskassen. Die meisten davon fallen unter die direkte Aufsicht des Bundes (Ausgleichskasse BL der AHV, IV-Stelle BL, Ergänzungsleistungen EL zur AHV und IV, Erwerbsausfallsentschädigung EO, Mutterschaftsentschädigung MSE, Familienzulagen in der Landwirtschaft FL). Die betreffenden Rechnungen werden durch externe, vom Bundesamt für Sozialversicherungen zugelassene Revisionsstellen geprüft. Der Bund entschädigt die SVA für diese Arbeiten und der Kanton haftet nicht für die Verbindlichkeiten dieser Kassen. Die Aufsicht des Kantons beschränkt sich somit auf die Familienausgleichskasse des Kantons Basel-Landschaft (FAK) und die Stelle für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (PV).

2. Bemerkungen zum Geschäftsbericht

Eine leichte Zunahme des Personalbestandes der SVA ist im Wesentlichen auf die oben erwähnten neuen Anforderungen infolge der 5. IV-Revision mit Früherfassung und Frühintervention zurückzuführen.

2.1 Ausgleichskasse

Die erwähnte IV-Revision und andere Gesetzesänderungen sowie Vorbereitungen zur Einführung des Neuen Finanzausgleichs NFA verlangten Anpassungen. Die Vorbereitungsarbeiten zur Umstellung auf die neue Versichertennummer laufen. Ab Mitte 2008 werden nach und nach alle Versicherten auch aus Datenschutzgründen einen neuen AHV/IV-Ausweis erhalten müssen.

Das neue PartnerWeb für Kleinbetriebe und Haushalte bringt weniger Papierkram für die Arbeitgebenden. Der Zugang der Benutzer sollte für alle gleichermassen gewährleistet sein.

Die Renten wurden per 1.1.2007 um 2,8 % erhöht und damit der Teuerung gemäss Landesindex angepasst.

Eine Kontrolle des Bundesamtes für Sozialversicherung ergab, dass im Zusammenhang mit der Kompetenzübertragung des Bevölkerungsschutzes an die Kantone Zivilschutzsätze der Jahre 2002–2005 nicht korrekt abgerechnet wurden. Es mussten EO-Gelder zurückgefordert werden.

Im Bereich der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV wird bei leicht verminderter Anzahl von Neuanmeldungen sowohl eine Zunahme der ausbezahlten Leistungen um 5,2 % wie auch eine Erhöhung der eingeschickten Belege um 6,0 % vermeldet.

Der NFA regelt die Finanzierung von IV-Heimaufenthalten neu. 2007 wurden letztmals kantonale Ergänzungsleistungen ausgerichtet. Die nötigen Anpassungen, auch bei der IT-Programmierung, konnten termingerecht abgeschlossen werden.

2.2 Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (PV)

Mit der Einführung von Einkommensgrenzen (EG KVG §1) hatten weniger Personen Anspruch auf Prämienverbilligung. Es mussten mehr Ablehnungsverfügungen verschickt werden. Da die Erhöhung der Krankenkassenprämien moderat geblieben ist, blieben die Berechnungssätze gleich. Anfragen, Einsprachen und Beschwerden waren rückläufig. Diese Gegebenheiten sowie der bessere Bekanntheitsgrad im Vollzug der PV werden in Zukunft zu einem leichten Rückgang des Arbeitsaufwands führen.

2.3 Familienausgleichskasse

Ab Januar 2007 müssen alle in BL ansässigen Arbeitgebenden einer anerkannten Familienausgleichskasse angeschlossen sein. Es wird festgestellt, dass alle Betroffenen dieser Pflicht nachgekommen sind. Die Anzahl der Mitglieder hat sich erwartungsgemäss massiv erhöht (+ 72 %), da alle Selbständigerwerbenden mit Jahresbeginn beitragspflichtig und zulagenberechtigt wurden. Der Beitragssatz konnte dennoch bei 1,8 % belassen und die Vermögenslage sogar leicht verbessert werden.

2.4 IV-Stelle

Die bereits erwähnte 5. IV-Revision zeigte im Rahmen eines Pilotprojektes schon im Jahre 2007 die erwünschte Verschiebung von einer «Rentenversicherung» zu einer «Eingliederungsversicherung». Die Zahl der erstmaligen Rentenentscheide war rückläufig (- 9,8 %), die Zahl der Abklärungsmassnahmen aber stieg markant um 67,6 %.

Zur Vermeidung dauernder Arbeitsunfähigkeit wurde eine neue Abteilung «Integration» gebildet. Personen mit komplexer Mehrfachproblematik werden dem Projekt «MAMAC» zugewiesen, wo Fachleute aus der Sozialhilfe, der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung und der IV-Stelle zusammenarbeiten.

Um dem pauschalen Vorwurf von Rentenmissbrauch entgegenzutreten, ist dem Jahresbericht zu entnehmen, dass im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Revisionen die Anzahl der reduzierten und aufgehobenen Renten die Anzahl der Rentenerhöhungen überstieg. Die gesamte Anzahl der Leistungen ist leicht gestiegen, die Zahl der IV-Renten aber deutlich um 18 % gesunken.

3. Bemerkungen zur Verwaltungskostenrechnung

Die Verwaltungskostenrechnung schliesst mit einem kleinen Gewinn im ähnlichen Rahmen des vergangenen Jahres. Die Bilanz weist einen um 17 % gesunkenen Wert aus.

**2008/040-3
Geschäftsbericht 2007 der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV)**

1. Allgemeines

1.1 Gesetzliche Grundlage

Das Gesetz über die Versicherung von Gebäuden, Grundstücken und Fahrhabe (Sachversicherungsgesetz) vom 12. Januar 1981 regelt die Oberaufsicht in § 4 wie folgt: «Dem Landrat sind jährlich der Geschäftsbericht und die Rechnung zur Genehmigung vorzulegen».

1.2 Ausübung der Oberaufsicht

Seit der Aenderung der landrätlichen Geschäftsordnung per 1.2.2001 ist es Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission, sowohl die Rechnung als auch den Geschäftsbericht der BGV zu überprüfen und dem Landrat über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

1.3 Umfang der Ueberprüfung

Ziel der Ueberprüfung war es, den Inhalt des Geschäftsberichts auf dessen Aussagekraft, Klarheit und Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich bei der Ueberprüfung der Rechnung auf die Ergebnisse der vertieften Prüfungen durch eine externe Revisionsstelle

und deren Bericht abgestützt. Auf die Vornahme einer weiteren detaillierten Kontrolle der Rechnung wurde verzichtet.

Die Details zu Erfolgsrechnung und Bilanz können den Seiten 24ff. des Geschäftsberichts entnommen werden. Der Bericht der Kontrollstelle ist auf den Seiten 32 und 33 nachzulesen.

2. Bemerkungen zum Geschäftsbericht und zur Geschäftspolitik

2.1 Aufteilung der Kapitalanlagen

Per 31. Dezember 2007 hat sich folgende Aufteilung ergeben:

Obligationen	40,2 % (Vorjahr 37,7 %)
Aktien	22,2 % (Vorjahr 28,4 %)
Immobilien	31,1 % (Vorjahr 33,7 %)
Diverse	6,3 % (Vorjahr 0,2 %)

2.2 Rückstellungen für Eventualverpflichtungen

Die Beitragspflicht der BGV an die interkantonale Risikogemeinschaft beträgt 19,985 Mio. Franken pro Jahr. Dieser Betrag ist per 31.12.2007 vollumfänglich zurückgestellt.

An den Schweizerischen Pool für Erdbebendeckung besteht bei einem Erdbebenereignis eine Leistungspflicht von maximal 25,612 Mio. Franken. Auch dieser Betrag ist per 31.12.2007 vollumfänglich zurückgestellt.

2.3 Schadenverlauf

Im Jahr 2007 erreichte die Summe der versicherten Schäden rund 80 Mio. Franken. Dies ist der höchste Wert in der Geschichte der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung.

Schwer wiegen die Ueberschwemmungsschäden vom 8./9. August. Infolge der Ueberschwemmungen erreichte die Grundstückversicherung die dritthöchste Schadenssumme seit ihrem Bestehen. Mit 1,9 Mio. Franken betrug diese jedoch 1,7 Mio. Franken weniger als im Vorjahr.

Ebenfalls hauptsächlich als Folge der Ueberschwemmungen vom 8./9. August summierten sich die *Elementarschäden* auf 56,4 Mio. Franken. Dies sind 47 Mio. Franken mehr als im Vorjahr.

Bei der *Wasserschadenversicherung* liegt die Schadenssumme mit 14,2 Mio. Franken ebenfalls über dem Jahreswert von 2006 (+ 1,9 Mio. Franken).

Die gesamte *Feuerschadenssumme* belief sich auf 6,8 Mio. Franken und somit 3,9 Mio. Franken weniger als im Jahr 2006.

3. Diverses

Elementarschädenprävention

Die BGV richtet das Augenmerk vermehrt auf die Schadenvermeidung. Mithilfe einer neuen kantonalen Gesetzesgrundlage für die Elementarschadenprävention und auf der Basis der Naturgefahrenkarte soll es künftig möglich sein, bereits im Baubewilligungsverfahren Vorsorgemassnahmen zur Verhinderung der Folgen von Elementarereignissen zu prüfen und anzuordnen.

Jubiläum

Im Jahr 2008 wird die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung 175 Jahre alt. Auf Jubiläumstivitäten wird zu Gunsten eines Beitrags an das Projekt Schwalbenhäuser verzichtet. Unter dem Motto «Wir sorgen für die grossen und die kleinen Häuser» will man mit diesem Beitrag mithelfen, die gefährdeten Mehlschwalben zu erhalten.

**2008/040-4
Amtsbericht des Kantonsgerichts 2007**

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung, bestehend aus den Abteilungspräsidien, dem Justizverwalter und dem Leitenden Gerichtsschreiber trat zu 21 halbtägigen Sitzungen zusammen. Unter anderem verabschiedete sie das Konzept über den Internetauftritt der Gerichte, konzipierte das Gesuchsformular für die unentgeltliche Prozessführung neu, nahm die Entwicklung eines Konzeptes zur Kadernachwuchsplanung bei den Strafverfolgungsbehörden in Angriff und überarbeitete die Ressourcenplanung.

Unter der Co-Leitung der Vorsteherin der JPMD und des Kantonsgerichtspräsidenten wurden die Grundlagen für die Landratsvorlage zur Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung erarbeitet.

Justizverwaltung

Die zentrale Justizverwaltung erbringt Dienstleistungen für alle Gerichte und Strafverfolgungsbehörden und unterstützt die Geschäftsleitung bei der Führung.

Die Einführung von Presento, einer einheitlichen Zeiterfassungssoftware, führte zu erheblichem Mehraufwand.

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Die Neueingänge sind im Berichtsjahr mit 480 Fällen gegenüber dem Vorjahr (414) massiv angestiegen. Ursächlich dafür ist der Anstieg der vom Einzelrichter

zu beurteilenden Fälle bei den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Berichtsjahr 135, Vorjahr 117) sowie die Zunahme der Beschwerden gegen vorsorglich angeordnete fürsorgliche Freiheitsentziehungen von 103 auf 136. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Verfahrensdauer von 224 auf 213 Tage gesenkt werden.

Von den 293 im Berichtsjahr beurteilten Fällen (Vorjahr 289) sind 40 (Vorjahr 28) an das Schweizerische Bundesgericht weitergezogen worden, was einer Quote von 13,7 % (Vorjahr 9,7 %) entspricht.

Abteilung Zivil- und Strafrecht

Im Jahr 2007 sind mit 286 mehr Appellationen eingegangen als im Vorjahr (278). Die Anzahl neu eingegangener Appellationen liegt im Fünfjahresvergleich über dem Durchschnitt. Die Tendenz, dass einzelne Verfahren umfangreicher und komplexer werden, hält unvermindert an.

Von den im Jahre 2007 durch das Bundesgericht beurteilten 39 Beschwerden gegen Urteile der Abteilung Zivil- und Strafrecht aus den Jahren 2005, 2006 und 2007 wurden deren fünf ganz oder teilweise gutgeheissen.

Abteilung Sozialversicherungsrecht

Im Berichtsjahr sind insgesamt 483 Fälle neu eingegangen. Dies entspricht einer erneuten Zunahme von 31,2 % gegenüber dem Vorjahr. Der Grund für die rasante Fallzunahme liegt hauptsächlich im Bereich der Invalidenversicherung und steht in Zusammenhang mit der Abschaffung des Einspracheverfahrens durch den Bundesgesetzgeber per 1. Juli 2006. Diese Verfahrensstraffung führte wie bereits im zweiten Halbjahr 2006 zu einer deutlichen Mehrbelastung des Kantonsgerichts in invalidenversicherungsrechtlichen Streitigkeiten.

Mittels zeitlich befristeter Erhöhung der Präsidialpensen um 40 % liess sich die Zahl der Erledigungen von 296 im Jahr 2006 auf 414 im Jahr 2007 steigern. Gegen Urteile der Abteilung sind im Berichtsjahr 47 Beschwerden beim Bundesgericht eingereicht worden. Gegenüber dem Vorjahr ist die Quote der Weiterzüge markant von 23,2 % auf 13 % gesunken.

Bezirksgericht Laufen

Das Jahrhunderthochwasser vom 9. August 2007 hat auch das Bezirksgericht in Mitleidenschaft gezogen. Neben der Einstellung des Gerichtsbetriebes für drei Arbeitstage infolge Stromausfalles nahmen die Akten und Unterlagen im vollständig überschwemmten Archiv Schaden. Trotzdem verzeichnete das Bezirksgericht Laufen erstmals mehr Erledigungen als Neueingänge, was zu einer leichten Reduktion der Pendenz führte.

Bezirksgericht Waldenburg

Im Jahr 2007 sind 312 neue Fälle eingegangen. Im Vergleich zum Vorjahr (285) entspricht dies einer Zunahme von rund 10 %. Mit 332 erledigten Fällen wurde ein Rekordwert der letzten zehn Jahre erreicht.

Steuer- und Enteignungsgericht

Nach Jahren starker Zunahme verzeichnen beide Abteilungen einen leichten Fallrückgang. Die durchschnittliche Verfahrensdauer und die Zeit für die Begründung der Urteile konnte im Berichtsjahr erneut verkürzt werden.

Strafgericht

Die Falleingänge haben im Jahr 2007 mit 441 in etwa das Niveau von 2005 (455) erreicht. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Abnahme um 66 Fälle. Die reinen Fallzahlen geben jedoch keine aussagekräftige Auskunft über die Grösse und Komplexität und damit über den für das Strafgericht anfallenden Aufwand. Angesichts des grossen Arbeitsanfalles hat der Landrat am 29. November 2007 ein ausserordentliches Präsidium bis zum Ende der laufenden Amtsperiode bewilligt.

Jugendgericht

Die Arbeit des Jugendgerichts stand im Zeichen der Einführung und Umsetzung des neuen eidgenössischen Jugendstrafrechts. Der Eingang an neuen Fällen hat sich im Vergleich zum Vorjahr praktisch halbiert, weil seitens der Jugendanwaltschaft entsprechend weniger Fälle an das Jugendgericht überwiesen wurden.

Verfahrensgericht in Strafsachen

Das Verfahrensgericht hat 2007 an 19 halbtägigen Sitzungen 118 Fälle (Vorjahr 59) behandelt. Daneben haben die ersten Vorarbeiten zur Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung und des Strafjustizentrums in Muttenz einen nicht unerheblichen Teil der Ressourcen beansprucht.

Statthalteramt Arlesheim

Im Berichtsjahr konnte die im Jahre 2004 eingeleitete Reorganisation abgeschlossen werden. Durch die eingeleiteten Massnahmen konnten die teils langjährigen Pendenzen abgebaut und die Anzahl der hängigen Strafverfahren auf ein Normalmass reduziert werden.

Statthalteramt Sissach

Auch im Jahr 2007 sind die Eingänge im Bereich der Uebertretungsstrafverfahren wie auch bei den Ver-

brechen und Vergehen weiter angestiegen. Auslöser dafür sind die polizeilichen Geschwindigkeitskontrollen auf der Autobahn sowie eine Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen. Zur Entlastung des Statthalteramtes wurden 218 einfachere Verfahren an das Statthalteramt Laufen abgetreten, während 2'165 Geschwindigkeitsverfahren durch das Statthalteramt Liestal übernommen wurden.

Statthalteramt Waldenburg

Während die Fallbelastung im Durchschnitt der Vorjahre liegt, fällt auf dem Gebiet des Vergehensstrafrechtes im Berichtsjahr eine Zunahme von rund 40 % auf.

Besonderes Untersuchungsrichteramt

Die Zahl der Verfahrenseingänge liegt etwas höher als im Vorjahr, aber noch immer deutlich unter den Eingangszahlen der Jahre 2004 und 2005. Im Jahr 2007 konnten überdurchschnittlich viele Verfahren erledigt werden, was zu einer Reduktion der hängigen Verfahren führte.

Friedensrichter/innen

Aus der Statistik lässt sich ablesen, dass die Friedensrichter/innen im Jahr 2007 einmal mehr sehr gute Arbeit geleistet haben. Von den 1'009 behandelten Fällen konnten 570 definitiv erledigt werden. Dies entspricht einer Erledigungsquote von hohen 56,5 %.

2008/088

Jahresbericht 2007 der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP)

Allgemeines

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP) in Münchenstein wird von den Kantonen BS und BL entsprechend der Vereinbarung vom Dezember 1974 in partnerschaftlicher Zusammenarbeit geführt. Die MFP ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Aufsichtsorgan der MFP ist die Paritätische Betriebskommission.

Führerprüfungen

Die Zweiphasen-Ausbildung wurde am 1. Dezember 2005 in Kraft gesetzt. Gemäss Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr wird der Führerausweis für Junglenker/innen zunächst für eine Probezeit von drei Jahren erteilt. Während dieser Zeit sind zwei Weiterbildungskurse, die je acht Lektionen umfassen, zu besuchen. Ist die Probefrist von drei Jahren verstrichen und die Weiterbildung bestätigt, wird der Führerausweis definitiv erteilt.

Im Jahr 2007 wurden 7'993 theoretische und 9'712 praktische Führerprüfungen abgelegt. Die Erfolgsquoten von 65 % bei der theoretischen und 69 % bei der praktischen Prüfung liegen dabei im Bereich der Vorjahre.

Fahrzeugprüfungen

Der stetig wachsende Fahrzeugbestand macht eine Erweiterung der Prüfkapazität notwendig. Nachdem die von der MFP vorgesehene und projektierte Prüfstation in Bubendorf sistiert wurde, hat sich die Paritätische Betriebskommission zur Zulassung privater Anbieter zur Fahrzeugprüfung entschieden. Mit zwei Bewerbern hat die MFP eine entsprechende Vereinbarung, welche die Bedingungen und Modalitäten der Durchführung der amtlichen Fahrzeugprüfungen ab dem Jahr 2008 regelt, abgeschlossen.

Im Jahr 2007 wurden total 96'757 Fahrzeugprüfungen abgenommen. 81 % der technischen Fahrzeugabnahmen verliefen positiv.

2008/040-9

Jahresbericht 2007 des Ombudsmann

Allgemeines

Wie bereits in den Vorjahren erwähnt, weist der Ombudsmann erneut auf die aus seiner Sicht unglückliche räumliche Unterbringung mitten im «Liestaler Verwaltungsbezirk» hin.

Geschäftsgang

Der Eingang neuer Geschäfte bewegt sich mit 250 in etwa auf Vorjahresniveau. Zusätzlich erfolgten 210 telefonische Anfragen, bei denen sich der Ombudsmann nach zum Teil recht zeitintensiven Anhörungen für nicht zuständig erklären musste.

In der Mehrheit der Fälle werden persönliche Erstbesprechungen mit den Ratsuchenden vereinbart. Von den im Berichtsjahr eingegangene 250 Geschäften wurden 168 mittels einer Erstbesprechung mit den Kunden erörtert. Diese Erstbesprechungen bzw. die Rückmeldungen durch den Ombudsmann erfolgten zu mehr als 85 % sehr schnell innerhalb einer Arbeitswoche. Die Verfahrensdauer bis zum Abschluss der Geschäfte konnte im Berichtsjahr weiter verkürzt werden. Rund 69 % (Vorjahr 63 %) der Geschäfte konnten innerhalb von zwei Monaten erledigt werden, indem der Ombudsmann dem Gesuchsteller für sein weiteres Verhalten Rat erteilte, die Angelegenheit mit den Behörden besprach oder eine schriftliche Empfehlung zuhanden der beteiligten Behörden abgab.

Auffallend ist, dass die sogenannt «verwaltungsinternen Beschwerden» bzw. Beschwerden von Kantons- und Gemeindeangestellten aus dem Arbeitsverhältnis im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen haben.

2008/040-10

Jahresbericht 2007 des Sicherheitsinspektorates (SIT)

Das Sicherheitsinspektorat (SIT) publiziert jährlich einen Bericht, in dem es Auskunft gibt über Veränderungen der Risikoanalysen für Betriebe, welche Gefahrgüter handhaben. Das SIT berichtet darin auch, ob es Zwischenfälle bei der Handhabung auf den Verkehrswegen oder im Betrieb gab. Seine Arbeit richtet sich nach der Störfallverordnung, der Einschliessungsverordnung, der Freisetzungsverordnung und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung.

Die Störfallverordnung beurteilt Risiken im Kanton Baselland über eine Risikomatrix, aus welcher sich verschiedene Störfallklassen ergeben. Das SIT erstellt Karten mit den Betrieben mit Risikopotential für den Kanton Baselland, diese sind abrufbar unter: www.geo.bl.ch/index.php?id=57.

Die Risikoanalysen der verzeichneten Betriebe, welche unter eine der im ersten Abschnitt genannten Verordnungen fallen, werden durch das SIT bei Inspektionen auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft.

Die Einschliessungsverordnung (ESV) regelt den Umgang mit Mikroorganismen. Das SIT sammelt die vom Bund erhaltenen Tätigkeitsmeldungen gemäss ESV und zählt aktuell 47 gemeldete Tätigkeiten an 26 Standorten. Das SIT überprüft mittels Inspektionen die Biosicherheit der gemeldeten Tätigkeiten.

Gefahrguttransport auf Verkehrswegen wird durch die Störfallverordnung geregelt. Das SIT erstellt Berichte für den Transport auf Strassen und Schienen im Kanton. Für die Nationalstrasse A2 Basel–Augst hat das SIT wie auch das Bundesamt für Strassen eine Risikoermittlung erstellt. Der Kanton sieht im Gegensatz zum Bund einen Handlungsbedarf für zusätzliche Sicherheitsmassnahmen. Im Bereich der Raststätte Windrose in Pratteln wurde ein nicht akzeptables Risiko ausgewiesen. Die Interkantonale Arbeitsgruppe Transport gefährlicher Güter nimmt die Diskussion auf und will diese auf politischer Ebene beim Bund einbringen.

Im Jahr 2007 wurden durch das SIT 26 von total 285 Betrieben im Geltungsbereich der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) kontrolliert. Auf Wunsch der Baubranche wurde eine Informations-

veranstaltung über die GGBV organisiert, um auf die Gefahrgutproblematik zu sensibilisieren und schulen.

Im Jahr 2007 haben im Kantonsgebiet 27 nennenswerte Ereignisse stattgefunden. Der Wert liegt über dem Durchschnitt von 24,7 Ereignissen pro Jahr. Es kam zu keinem Störfall mit schweren Schädigungen im Sinne der StVF. Die Zunahme der Ereignisse resultiert durch vermehrte Havarie beim Umschlag und beim Transport von gefährlichen Gütern.

Die Beratende Kommission zur Beurteilung von Risikoermittlungen steht dem Sicherheitsinspektorat als beratendes Expertengremium zur Seite. An zwei Sitzungen im Jahr 2007 hat sie zu Risikoermittlungen verschiedener Projekte beraten und diese nötigenfalls eingestuft.

*

Die Geschäftsprüfungskommission dankt den Mitarbeitenden der verschiedenen Institutionen für den im Berichtsjahr geleisteten Einsatz.

ANTRÄGE

Die GPK empfiehlt dem Landrat, wie folgt zu beschliessen:

1. Die Jahresberichte der nachstehenden Institutionen werden genehmigt:
 - Sozialversicherungsanstalt 2007
 - Basellandschaftliche Gebäudeversicherung 2007, samt Rechnung 2007
 - Kantonsgericht 2007
 - Ombudsman 2007;
2. die Berichte der nachstehenden Institutionen werden zur Kenntnis genommen:
 - Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel 2007
 - Sicherheitsinspektorat 2007.

Liestal, 18. September 2008

Namens der Geschäftsprüfungskommission:
Ursula Jäggi-Baumann, Präsidentin